



Dr. Matthias Bartke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Pressemitteilung

Dr. Matthias Bartke, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales
Wahlkreisabgeordneter für Hamburg-Altona und die Elbvororte

Berlin, den 12.02.2021

Das Lieferkettengesetz kommt!

Mit dem Lieferkettengesetz wird es erstmals ein Gesetz zur unternehmerischen Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten geben.

Matthias Bartke:

„Das Lieferkettengesetz ist ein Riesen-Erfolg für den Menschenrechtsschutz. Was wir kaufen und was in Deutschland produziert wird - daran arbeiten Menschen weltweit. Für Unternehmen wird es künftig nicht mehr reichen, nur bis zu den eigenen Werkstoren zu schauen. Unternehmen sollen dafür einstehen, dass es in ihrer gesamten Lieferkette nicht zu Menschenrechtsverletzungen bei der Herstellung ihrer Produkte kommt.“

Das Gesetz ist das ambitionierteste Lieferkettengesetz weltweit! Unternehmen, gegen die aufgrund von Verstößen gegen die Sorgfaltspflicht ein Bußgeld verhängt wird, sollen bis zu drei Jahre von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden. Und Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in den Produktionsländern können sich künftig von NGOs und Gewerkschaften vor deutschen Gerichten vertreten lassen, um für ihre Rechte einzutreten.“

Hintergrund:

Nach monatelangem Verhandeln einigten sich Unions- und SPD-Minister auf ein Lieferkettengesetz, das 2023 für Unternehmen ab 3000 Beschäftigten gelten soll und ab 2024 für Unternehmen mit 1000 Beschäftigten. Mit dem Gesetz werden Unternehmen verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass auch ihre Lieferanten die Menschenrechte einhalten. So werden Kinderarbeit und Zwangsarbeit entlang der Lieferkette verhindert.